

## **Protokoll:**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig gibt zu Protokoll, dass bei Rm Langer (SPD) Sonderinteresse vorliege. Zudem gebe es zwei Änderungsanträge, einen von der SPD und einen von der CDU.

Rm Lehmkuhler (SPD) begründet zunächst den Änderungsantrag der SPD- Fraktion. Es müsse behutsam mit der Landschaft umgegangen werden. Momentan herrsche ein ungesteuerter Wettbewerb ohne Rücksicht auf die Umwelt oder Verbraucher. Daher beantrage die SPD-Fraktion folgendes:

### Seite 3, Abschnitt 2

Anstelle von „Grundsätzlich sehen wir...“

„Diese Bereiche sehen wir als schützenswert an und unterstützen...“

### Seite 3, Abschnitt 4

Anstelle von „Grundsätzlich halten wir es weiterhin...“

„Wir halten es weiterhin für wenig nachvollziehbar, dass für die Bereiche,...“

### Seite 4, Abschnitt 2

Anstelle von „Die Stadt wünscht“

„Die Stadt Koblenz fordert gerade vor dem Hintergrund...“

Rm Biebricher (CDU) begründet den Änderungsantrag der CDU- Fraktion. Leider gebe es immer noch kein Konzept für eine schonvolle Gestaltung der erneuerbaren Energien. Kleine Gemeinden würden keinen Wert auf den Landschaftsschutz legen, sondern wollten nur Geld verdienen. Es mache mehr Sinn, die erneuerbaren Energien an geeigneten Stellen zu konzentrieren, als über das ganze Land zu verteilen. Auch bemängelt er den Schutz der Menschen vor Lärmemissionen. Daher beantrage die CDU-Fraktion folgendes:

### Seite 4, letzter Absatz

Der letzte Absatz wie folgt ersetzt:

„Aufgrund des stark fortschreitenden Verlustes landwirtschaftlicher Nutzflächen, die dringend für die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und nachwachsender Rohstoffe benötigt werden, lehnen wir die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen ab. Des Weiteren fordern wir, zukünftig statt der Ausweisung von Ausgleichsflächen für Windkraftanlagen, Ausgleichszahlungen zu erheben, die für Naturschutzmaßnahmen zu verwenden sind.“

Rm Rosenbaum, W. (FBG) erklärt, die FBG begrüße die kritische Haltung der Stadt und werde heute zustimmen. Er merkt an, dass durch den Ausbau der Windkraft rheinlandlandpfälzische Landschaften zerstört würden. Gerade ländliche Regionen würden hiermit ihre Haushalte sanieren. Diese Rücksichtslosigkeit müsse verhindert werden und eine koordinierte Handlungsweise eingeführt werden. Die Landesregierung solle gefordert werden.

Rm Diederichs- Seidel (Bündnis 90/Die Grünen) ist anderer Meinung. Viele Einwände des Rm Rosenbaum würden so nicht zutreffen. Den Änderungsantrag der CDU verstehe er nicht, da es

sich im Grunde genommen um zwei Änderungsanträge handele, denen er keine konkrete Textstelle im LEP IV zuordnen könne. Den ersten Änderungsantrag der SPD könne er mittragen, allerdings nicht die anderen beiden. Zur Beschlussvorlage an sich sagt er, dass er sich freue, dass die erneuerbaren Energien im Kommen seien. Die Menschen vor Ort sollten selber entscheiden, ob ein Windrat gebaut werde oder nicht. Dazu sei ein Bürgermeister alleine nicht in der Lage. Die Menschen wollten mitreden und diese Dynamik brauche die Gesellschaft. Die Nachbargemeinden zu hindern, widerspreche sich selbst, daher lehne er die Stellungnahme ab.

BIZ- Fraktionsvorsitzender Wefelscheid erklärt, es sei klar, dass man nur für das Stadtgebiet entscheiden könne. Im Rahmen der Selbstverwaltung könnten die anderen Kommunen eigene Entscheidungen treffen.

Rm Lehmkühler (SPD) nimmt Bezug auf die Aussagen von Rm Diederichs- Seidel. Die Handlungsweise müsse zentralisiert werden. Nicht jeder kleine Ort könne machen was er wolle nur um neue Einnahmequellen zu erschließen. Hier sei die Landesregierung gefordert, Entscheidungen zu treffen und Vorgaben zu machen.

Beigeordneter Prümm erklärt, der Verwaltung gehe es nicht darum, dass die Nachbargemeinden keine Windkraftträder installieren dürften, sondern nur um das Ortsbild von Koblenz, das beeinträchtigt werden könnte.

Rm Biebricher (CDU) ist der Ansicht, Rm Diederichs- Seidel unterstelle, dass man gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien grundsätzlich sei, daher gehe es lediglich um die Umsetzung. Die Windkraftanlagen sollten an geeigneten Stellen konzentriert und nicht über das Land verteilt werden. Zudem sollten keine weiteren landwirtschaftlichen Flächen mehr der Photovoltaik zur Verfügung gestellt werden und keine Ausgleichsflächen für Windkraftanlagen geschaffen werden, sondern lieber Ausgleichszahlungen für Naturschutzmaßnahmen im Sinne des §15 BNatschG.

Vorsitzender der Ratfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Wiechmann, plädiert dafür, dass sich die Kommunen zutrauen sollten, sich selber für das eigne Landschaftsbild einzusetzen. Es müsse nicht immer alles vom Land kommen. Daher werde die Fraktion nicht zustimmen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig lässt zunächst über die drei Änderungsanträge der SPD und den Änderungsantrag der CDU abstimmen, welche bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen mit Stimmenmehrheit beschlossen werden. Anschließend lässt er über die so geänderte Beschlussvorlage abstimmen.